

Antrag 141/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine progressive Innenpolitik-Agenda****1 Ausgangslage und Anliegen**

2 Debatten über Innere Sicherheit brechen nicht ab. Für pro-
3 gressive Kräfte, wie die Sozialdemokratie eine sein möch-
4 te, führt dies zu Herausforderungen. Im Sicherheitsdis-
5 kurs gelingt es rechten Kräften, wie konservativen Partei-
6 en und Polizeigewerkschaften, die Agenda zu setzen. Lin-
7 ke Kräfte finden sich deswegen in einer kommunikativ
8 schwierigen Position. Sie müssen den Status-Quo vor Ver-
9 schlechterungen bewahren und ihn damit entgegen ihrer
10 eigentlichen Überzeugung legitimieren.

11 Ziel dieses Antrags ist es, einige innenpolitische Ziele zu
12 benennen, die sich kurzfristig umsetzen lassen, das Leben
13 der Menschen verbessern und zugleich für ein progressi-
14 ves *agenda setting* geeignet sind.

15 Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag notwendig re-
16 formistisch. Die Vorschläge lassen sich ohne weiteres im
17 bestehenden System umsetzen. Er hat jedoch den An-
18 spruch an sich selbst, den Status-quo nicht zu festigen und
19 keine Türen für spätere radikalere Veränderungen zu ver-
20 schließen.

21

22 Armut entkriminalisieren

23 Dass Strafrecht überproportional arme Menschen belas-
24 tet, ist gut dokumentiert. Dabei lassen sich viele daraus
25 resultierende Missstände schon durch einfache Verände-
26 rungen der Gesetzeslage abmildern.

27 Ein prominentes Beispiel für die Kriminalisierung ist die
28 Ersatzfreiheitsstrafe. Wird jemand zu einer Geldstrafe ver-
29 urteilt und kann diese nicht begleichen, wird sie in ei-
30 ne Freiheitsstrafe umgewandelt. Dabei werden teilwei-
31 se grundlegende Rechte entzogen, wie es bei der Inhaf-
32 tierung von Personen aufgrund der sogenannten "Ersatz-
33 freiheitsstrafe" passiert. Obwohl ein Gericht entschieden
34 hat, dass für die begangene Tat eine Geld- und keine Frei-
35 heitsstrafe angemessen ist, finden sich die Betroffenen
36 im Gefängnis wieder. Dieses Schicksal trifft naturgemäß
37 nur diejenigen unfreiwillig, die über wenige finanzielle
38 Mittel verfügen. Die bisherigen Reformen, die die Dauer
39 der Ersatzfreiheitsstrafe reduzieren, ohne sie abzuschaf-
40 fen, sind unzureichend. Die destabilisierende Wirkung der
41 Haft auf das Leben der Betroffenen tritt auch bei kurzen
42 Freiheitsstrafen auf. Die ersten Tage in Haft sind psychisch
43 die belastendsten. Zudem kann eine Resozialisierung –
44 der vorgebliche Zweck von Haft – während der regelmä-
45 ßig sehr kurzen Ersatzfreiheitsstrafe nicht gelingen. Zu-
46 dem ist auch schleierhaft, worin die Resozialisierung be-
47 stehen sollte, wenn man z.B. zu arm war, sich einen Fahr-
48 schein zu kaufen. Aber auch wenn die Ersatzfreiheitsstra-

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: ASJ, FA III - Innen- und Rechtspolitik (Kon-
sens)**

49 fe abgeschafft ist, können Geldstrafen eine unangemesse-
50 ne Belastung für Verurteilte darstellen. Der Grund hierfür
51 ist, dass Geldstrafen häufig nach dem Nettoeinkommen
52 der verurteilten Person bemessen werden. Abzüge für ih-
53 re notwendigen Ausgaben werden – obwohl die Gerichte
54 hier einen weiten Spielraum für solche Erwägungen ha-
55 ben – zu selten vorgenommen.

56 Auch die tatsächlich verfolgten Straftaten zeichnen ein
57 Bild, das von der überproportionalen Verfolgung armer
58 Menschen geprägt ist. So geht aus den jährlichen Verur-
59 teilungsstatistiken hervor, dass ein erheblicher Anteil der
60 jährlichen Verurteilungen Menschen mit geringen Ein-
61 kommen betrifft. Weitere Forschung zeigt, dass die Be-
62 reitschaft der Strafverfolgungsbehörden von einer An-
63 klage abzusehen größer ist, wenn die Beschuldigten ei-
64 nem gehobenen sozio-ökonomischen Status haben. Die-
65 ses Strafverfolgungsverhalten lässt sich durch eine ein-
66 fache Weisung an die Strafverfolgungsbehörden korri-
67 gieren. Sie können von den Justizministerien der Länder
68 angewiesen werden, insbesondere im Falle von Armuts-
69 kriminalität, vermehrt Gebrauch von der Möglichkeit ei-
70 ner Opportunitätseinstellung wegen absehbarer Gering-
71 fügigkeit einzustellen. Als Armutskriminalität verstehen
72 wir beispielsweise den Diebstahl von geringwertigen Sa-
73 chen oder das Fahren ohne Fahrschein, was durch fehlen-
74 de finanzielle Ressourcen von Personen begangen wird
75 Entkriminalisierungen können weitere Entlastungseffek-
76 te für Betroffene und Strafverfolgungsbehörden erzielen.
77 Zugleich handelt es sich um Taten, die häufig aufgrund
78 einer prekären wirtschaftlichen Lage begangen werden
79 und die durch eine effektive Sozial- und Wirtschaftspo-
80 litik zurückzuführen sind. Menschen aufgrund gesamt-
81 gesellschaftlichen Versagens und zum Wohle großer Un-
82 ternehmen zu bestrafen, scheint schwer vermittelbar. In
83 vergleichbarer Weise ist Betäubungsmittelkriminalität oft
84 eine Folge politischen Versagens und nicht individueller
85 durch „Resozialisierung“ behebbaren Fehlverhaltens. Ei-
86 ne zielgenaue Entkriminalisierung könnte weitere Anrei-
87 ze schaffen, die Ursachen der skizzierten Probleme zu be-
88 kämpfen. All diese Vorschläge dürfen jedoch nicht darüber
89 hinwegtäuschen, dass es die Aufgabe unseres Sozialsys-
90 tems sein muss, Armut nachhaltig zu bekämpfen und zu
91 beseitigen

92 Wir fordern daher:

- 93 • Die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe
- 94 Die Bemessung von Tagessätzen unter Berücksichtigung
95 der Vermögenssituation anhand des tatsächlichen Ein-
96 kommens nach Abzug desjenigen Betrages, den man für
97 eine angemessene Lebensführung benötigt
- 98 • Entkriminalisierung des Drogenbesitzes zum Eigen-
99 verbrauch
- 100 • Die Staats- sowie Anwaltschaften (wenn vor-
101 handen) werden angewiesen, bei geringfügiger Ar-

102 mutskriminalität stärkeren Gebrauch von der Mög-
103 lichkeit einer Opportunitätseinstellung zu machen
104 • Die Förderung von Pilotprojekten, die Resozialisie-
105 rungsmaßnahmen fernab von Geld- und Freiheits-
106 strafen erproben

107

108 **Psychologische statt polizeiliche Krisenbewältigung**

109 Für Menschen in psychischen Ausnahmesituationen kann
110 von der Polizei eine erhebliche Gefahr ausgehen. In den
111 vergangenen Jahren kam es mehrfach zu teils tödlichen
112 Schusswaffeneinsätzen gegen Menschen in akuten Kri-
113 sensituationen. Für die Bewältigung dieser Situationen
114 sind Psycholog*innen besser ausgebildet als generalisti-
115 sche Polizeibeamt*innen.

116 Im Ausland existieren teilweise „Psychiatric Mobile Re-
117 sponse Teams“, die in diesen Fällen an Stelle von Straf-
118 verfolgungsbehörden ausrücken können. Die Erfahrun-
119 gen mit ihnen sind positiv. Die Einrichtung solcher Teams
120 könnte auch in Deutschland dazu beitragen, psychische
121 Menschen in Krisen schnell mit kompetentem Personal
122 zu unterstützen und die Eskalationsgefahr zu senken. Zu-
123 dem handelt es sich um eine Maßnahme, die im Stadt-
124 bild sichtbar ist und somit das Sicherheitsgefühl in der Be-
125 völkerung stärken und das Vertrauen in die Handlungsfä-
126 higkeit der Politik steigern kann. Langfristig soll es daher
127 möglich sein, bei Notrufen speziell für den Umgang mit
128 psychischen Problemen geschulte Teams hinzuzuziehen,
129 um solche Situationen gewaltfrei lösen zu können. Bis da-
130 hin sollen Polizeibeamt*innen ausgiebige Schulungen für
131 den Umgang mit psychischen Problemen besuchen müs-
132 sen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass nicht für alle
133 Menschen Interaktionen mit der Polizei gleich verlaufen.
134 So sind BIPoCs immer wieder von Racial Profiling betrof-
135 fen und werden Opfer rassistischer Polizeigewalt, auch
136 in Berlin. Auch wenn Racial Profiling offiziell verboten ist,
137 gibt es diese dennoch weiterhin - unter dem Deckmantel
138 der sogenannten „Kriminalitätsbelasteten Orten“ (kbOs)
139 an denen diese anlasslosen Kontrollen gesetzlich möglich.
140 In Berlin gibt es mehrere dieser kbOs, allerdings bleiben
141 die öffentlichen Bekanntmachungen dieser Orte extrem
142 vage. So werden ganze Kieze in u.a. Neukölln zu kbOs er-
143 klärt und so Kontrollen ohne Grund ermöglicht. Dies be-
144 trifft vor allem BIPoCs, so ist es auch kein Zufall, dass die
145 meisten kbOs Orte umfassen, in denen viele BIPoCs woh-
146 nen oder sich aufhalten. Wir lehnen ansatzlose Kontrollen
147 ausnahmslos ab und fordern weiterhin die Praxis umge-
148 hend zu beenden. Auch queere Menschen werden von der
149 Polizei oft anders behandelt als Menschen, die heteronor-
150 mativen Vorstellungen entsprechen. Auch hier kommt es
151 immer wieder zu diskriminierenden Handlungen seitens
152 der Polizei. Gleiches gilt für FINTA Personen, deren Berich-
153 te über Straftaten seitens der Polizei viel zu oft nicht ernst
154 genommen werden. Berlin ist eine vielfältige Stadt und

155 diese Vielfältigkeit muss sich auch in der Polizei wieder-
156 spiegeln und das nicht nur personell. So müssen laufen-
157 den Schulungen zu dem korrekten Umgang mit allen Be-
158 völkerungsgruppen angeboten und verpflichtend besucht
159 werden.

160 Ein repressiver Polizeiapparat kann kein erstrebenswertes
161 Ziel einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft
162 sein. Im Fokus der Polizeiausbildung muss auch der Kampf
163 gegen rechte und patriarchale Kräfte und Strukturen in-
164 nerhalb der Polizei stehen. Wenn sich rechtsradikale Netz-
165 werke innerhalb der Polizei bilden, gefährdet dies unse-
166 re freiheitlich demokratische Grundordnung. Daher müs-
167 sen solche Personen bereits vor der Einstellung ausgefil-
168 tert werden. Daneben bedarf es aber auch stetiger Schu-
169 lungen zu Themen wie Diskriminierung und Rassismus.
170 Rechtsradikale Personen im Polizeidienst müssen conse-
171 quent entlassen werden. Eine immer stärkere Militarisie-
172 rung der Polizeibehörden muss daher kritisch betrachtet
173 werden. Wasserwerfer, Räumpanzer und automatische
174 Schusswaffen gehören inzwischen fast zum Standardre-
175 pertoire des Landespolizeien und werden immer regel-
176 mäßiger im Polizeialltag eingesetzt. Diesen Widerspruch
177 zum deeskalativem Ansatz, unter dem Polizeiarbeit im-
178 mer stehen sollte, beobachten wir auch zunehmend in
179 Berlin. Auch wenn wir die militärische Ausrüstung der
180 Polizei grundsätzlich ablehnen und für eine gewaltfreie
181 Konfliktlösung eintreten, müssen wir sehen, dass Feinde
182 der Demokratie wie die sogenannten Reichsbürger*innen
183 und andere gewaltbereite Gruppen sich seit Jahren zu-
184 nehmend bewaffnen. Sie schrecken nicht davor zurück,
185 Gewalt gegen Menschen anzuwenden, um ihre antide-
186 mokratischen Ziele zu erreichen. Eine wehrhafte Demo-
187 kratie muss darauf entsprechend reagieren und sich ver-
188 teidigen können! Die Polizei sollte daher für solche Ex-
189 tremfälle gut ausgerüstet und ausgebildet sein. Die Be-
190 schaffung und der Einsatz von militärischem Gerät soll
191 jedoch nur in Ausnahmefällen erlaubt sein (z.B. für Anti-
192 Tereinsätze). Jeder Einsatz solcher Geräte sollte klar be-
193 gründet und verhältnismäßig sein. Der Einsatz von Was-
194 serwerfern und Räumpanzern kann daher nur in Ausnah-
195 mefällen, in denen dieser Einsatz zwingende Notwendig-
196 keit hat, gestattet sein. Der Einsatz von automatischen
197 Maschinengewehren ist in keiner Situation verhältnismä-
198 ßig, da diese Form der Gerätschaft nicht in der Lage ist,
199 zielgenau zu agieren, da sie auf dem Prinzip der Streu-
200 breite basieren. Diese Form des Geräts hat daher bei der
201 Polizei keinen Platz und sollte abgeschafft werden. Die
202 Polizei ist für ihr Handeln jederzeit rechenschaftspflich-
203 tig. Da die Digitalisierung inzwischen auch bei der Po-
204 lizei angekommen ist, werden Forderungen nach auto-
205 matisierter Auswertung, mehr (biometrischer) Überwa-
206 chung und Big Data Analysen zur Vorausbestimmung krimi-
207 neller Handlungen (sogenanntes „Predictive Policing“)

208 lauter. Dass viele der Überwachungsmaßnahmen daten-
 209 schutzrechtlich bedenklich sind und einen tiefen Eingriff
 210 in Bürger*innenrechte bedeuten, wird dabei häufig nicht
 211 betrachtet. Auch die Problematik der vorbelasteten Da-
 212 ten mit denen die jeweiligen Algorithmen arbeiten, gera-
 213 de in Hinblick auf Rassismus, aber auch weiteren Formen
 214 von Diskriminierung, werden dabei nicht ausreichend be-
 215 achtet und problematisiert. So erklärte das Bundesverfas-
 216 sungsgericht im Februar 2023, dass die rein automatisier-
 217 te Auswertung polizeilicher Daten verfassungswidrig ist.
 218 Die Einführung neuer digitaler Technologien bei der Poli-
 219 zei muss daher stets kritisch verfolgt werden. Technolo-
 220 gien, die zur Replikation von diskriminierendem, rassisti-
 221 schem und klassistischem Verhalten führen, gehören ver-
 222 boten

223 Wir fordern daher:

- 224 • Verpflichtung von Polizeikräften, Schulungen für
 225 den Umgang mit psychischen Problemen zu bele-
 226 gen und Sozialarbeiter*innen bei Einsätzen hinzu-
 227 zuziehen
- 228 • Den Aufbau von spezialisierten Mental Health Re-
 229 sponse Teams, die auf den Umgang mit psychischen
 230 Problemen geschult sind und bei Notrufen anstel-
 231 le oder begleitend zu Polizeibeamt*innen ausge-
 232 schickt werden
- 233 • Die engmaschige politische Begleitung vor der Be-
 234 schaffung für militärähnliche Ausrüstung
- 235 • Den Stopp von Einsatzplanungen mit militärischem
 236 Gerät wie automatischen Schusswaffen
- 237 • Eine wissenschaftlich begleitete Testphase vor der
 238 Einführung neuer digitaler Technologien zur Straf-
 239 verfolgung und für die Polizeiarbeit unter stärkerer
 240 Berücksichtigung der Auswirkungen auf persön-
 241 liche Freiheiten und Datenschutzrecht
- 242 • Künstliche Intelligenz darf nicht zur Sammlung und
 243 Auswertung von Daten oder dem automatischen
 244 Treffen von Entscheidungen eingesetzt werden.“
- 245 • Den Einsatz von „Predictive Policing“ lehnen wir ab.“
- 246 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur verschlüssel-
 247 ten Kommunikation. Die Einführung einer Chatkon-
 248 trolle lehnen wir ab. Dafür wird sich die SPD Berlin
 249 auch auf Bundesebene einsetzen.
- 250 • Neue Technologien, die zur Replikation von diskrimi-
 251 nierenden, rassistischen und klassistischem Verhal-
 252 ten führen, gehören verboten.

253

254 **Freiräume statt Investor*innenträume**

255 Immer häufiger finden Polizeieinsätze statt, um linke und
 256 alternative Hausprojekte und Gesellschaftsentwürfe zu-
 257 gunsten von Investor*innenprojekten zu räumen. Wäh-
 258 rend dies mit der Durchsetzung geltenden Rechts ver-
 259 argumentiert wird, werden diese Polizeieinsätze in ihrer
 260 Brutalität immer ausufernder. Bei Demonstrationen ge-

261 gen polizeiliche Räumungen wird schweres Gerät für die
262 Durchsetzung von privaten Investor*inneninteressen ein-
263 gesetzt. Das Syndikat in Neukölln, die Zukunft am Ost-
264 kreuz, die Meuterei oder die Wagenburg in der Cuvrystra-
265 ße sind nur einige Beispiele. Diese Projekte tragen mas-
266 siv zum Wertgehalt der Stadt bei und führen zu Schutz-
267 räumen für linke und marginalisierte Gruppen. Wir soli-
268 darisieren uns ausdrücklich mit diesen Besetzungen. Doch
269 die geräumten Flächen werden dann nicht zur Umsetzung
270 von Bebauungsplänen genutzt, sondern befeuern nach
271 wie vor spekulativen Leerstand. So wird das Stadtbild für
272 die Profitinteressen von Investor*innen von der Subkultur
273 befreit und verliert mehr und mehr seine Identität. Durch
274 diese Polizeieinsätze werden Steuergelder verschwendet
275 zugunsten von Profiten einzelner kapitalistischer Unter-
276 nehmen. Die Ursache der Konflikte um Freiräume liegt je-
277 doch nicht bei den Polizeieinsätzen - sie liegt viel tiefer.
278 Sie liegt in der Frage der Eigentumsverhältnisse. Um Frei-
279 räume zu erhalten, muss das Eigentum an Grund und Bo-
280 den sowie an den Gebäuden auf eine nachhaltige Struktur
281 (z.B. einen gemeinnützigen Verein) übertragen werden.
282 Im Rahmen von Dialog- und Partizipationsstrukturen zwi-
283 schen Investor*innen, Bezirken, Polizei und von Räumung
284 bedrohten Strukturen sollte eine nachhaltige Lösung ge-
285 funden werden, die den Erhalt der Freiräume zum Ziel hat
286 oder ein alternatives Angebot für die von der Räumung
287 verdrängten Strukturen schafft.

288 Wir fordern daher:

- 289 • Keine polizeilichen Großeinsätze in Fällen der Beset-
290 zung leerstehender Flächen und Räume, solange de-
291 ren soziale Nutzung nicht gesichert ist. Keine Räu-
292 mungen alternativer Wohn- und Gewerbeprojekte
293 für Großinvestor*innen. Sollte dies dennoch gesche-
294 hen, fordern wir den Stopp polizeilicher Großeinsät-
295 ze dafür.
- 296 • Den Auf- und Ausbau von freiwilligen Dialog-
297 und Beteiligungsstrukturen zwischen Investor*in-
298 nen, Bezirken und von Räumung bedrohten Struk-
299 turen
- 300 • Die Verpflichtung der Investor*innen, alternative
301 Angebote für die von der Räumung verdrängten
302 Strukturen zu schaffen
- 303 • Um Räumungen überflüssig zu machen, soll der Se-
304 nat, wo möglich, betroffene Gebäude und Grund-
305 stücke aufkaufen und wo notwendig diese, mit ei-
306 ner entsprechenden gesetzlichen Grundlage, durch
307 Enteignung in öffentlichen Besitz bringen. In je-
308 dem Fall können Räumungen nur unter der Maß-
309 gabe und in besonderen Ausnahmefällen erfolgen,
310 dass durch die Schaffung von angemessenem Frei-
311 räumen der durch die Räumung verlorene Freiraum
312 ausgeglichen wird.

313

314 Verbundeinsätze

315 Bei sogenannten Verbundeinsätzen werden bei Kontrol-
316 len der Bezirksämter Polizeibeamt*innen hinzugezogen.
317 Dies ist häufig bei Kontrollen der Gesundheitsämter im
318 Gastronomiegewerbe der Fall. Den Polizeibefugnissen
319 sind hierbei enge Grenzen gesetzt und der Einsatz darf
320 sich ausschließlich auf den Grund der Kontrolle erstre-
321 cken. So dürfen beispielsweise Gäste des Betriebs wäh-
322 rend des Verbundeinsatzes nicht kontrolliert werden und
323 der betriebliche Ablauf nicht durch die Polizei gestört wer-
324 den. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Verbundein-
325 sätze häufig bei migrantisiert gelesenen Gastronomiebe-
326 trieben stattfinden und eine unverhältnismäßig hohe An-
327 zahl an Polizeibeamt*innen eingesetzt werden. So werden
328 diese Betriebe durch eine hohe Polizeipräsenz weiter stig-
329 matisiert. Die aktuelle Praktik der Verbundeinsätze sehen
330 wir als kritisch an. Die Polizei muss sich dringend mit Ras-
331 sismus in den eigenen Reihen auseinandersetzen. Darin
332 liegt das Problem, nicht pauschal in den gelegentlich not-
333 wendigen Verbundeinsätzen. Die Polizei muss in ihren
334 eigenen Reihen aufräumen und Konsequenzen aus rassis-
335 tischem Verhalten und Vorfällen ziehen. Außerdem wer-
336 den bei den ursprünglichen Kontrollen des Gesundheits-
337 amtes andere polizeiliche Maßnahmen wie Personenkon-
338 trollen durchgeführt. Betroffene wissen häufig nicht, dass
339 dies nicht rechtens ist und werden auch von der Polizei
340 nicht über ihre Rechte aufgeklärt. Die Praktik der Verbun-
341 deinsätze sehen wir daher kritisch.

342 Wir fordern daher:

- 343 • Die kritische Auseinandersetzung mit Verbundein-
344 sätzen im Hinblick auf migrantisierte Betriebe und
345 den Stopp der rassistischen Praxis, besonders mi-
346 grantisiert gelesene Betriebe unverhältnismäßig oft
347 mit Verbundeinsätzen zu kontrollieren.
- 348 • Eine im Polizeiwesen verankerte rassismuskritische
349 Arbeitsweise. Dazu bedarf es einer gezielten rassis-
350 muskritischen Ausbildung sowie Fortbildung für Po-
351 lizist*innen. Rassistisches Verhalten darf bei der Po-
352 lizei nicht geduldet werden, nach etwaigen Vorfäl-
353 len müssen klare Konsequenzen gezogen werden.

354

**355 Entspannter Umgang mit Protest: Der Öffentliche Raum
356 als Ort von Debatten**

357 In den vergangenen Jahren haben insbesondere Proteste
358 der Klimagerechtigkeitsbewegung immer wieder öffent-
359 liches Aufsehen erregt. Oft haben sie zu Pressefotos von
360 polizeilicher Gewaltanwendung geführt. Die Proteste wa-
361 ren dabei zumeist friedlich; einzig ein formeller Verstoß
362 gegen das Anzeigerfordernis kann den Protestierenden
363 zur Last gelegt werden. Gewaltanwendung und die damit
364 verbundene Beschränkung der Versammlungs- und Mei-
365 nungsfreiheit scheint in diesen Fällen unnötig.

366 Das gewaltsame Aufeinandertreffen von Polizei und Zivil-

367 gesellschaft lässt sich durch einen einfachen Gesinnungs-
 368 wandel hin zu einem entspannten Umgang mit demokra-
 369 tischem Protest lösen. Wenn man die Straßen nicht primär
 370 als Ort der Fortbewegung, sondern als öffentliches Forum
 371 begreift, in dem Debatten ausgetragen werden, besteht
 372 überhaupt kein Bedürfnis mehr zu intervenieren. Protes-
 373 tierende nutzen dann die Straßen genau zu dem Zweck,
 374 zu dem sie vorgesehen sind. Ihren Ansichten können Pas-
 375 sant*innen wiederum ihre Ansichten entgegenhalten.
 376 Dieser einfache Gesinnungswandel – der sich durch ei-
 377 ne einfache Anpassung der Weisungslage an die Polizei
 378 und eine dahingehend entsprechendere Ausbildung und
 379 Schulungen umsetzen lässt – schont staatliche Ressour-
 380 cen und fördert zugleich die öffentliche Debattenkultur.
 381 Das bisherige Vorgehen ist hingegen zumeist destruktiv
 382 und für alle Beteiligten belastend.

383 Wir fordern daher:

- 384 • Polizeigewahrsam abzuschaffen
- 385 • Anpassung des Strafrechts unter Berücksichtigung
- 386 gewaltfreien Protests unter dem stärkeren Schutz
- 387 der Versammlungsfreiheit
- 388 • Eine Gleichsetzung von zivilem Ungehorsam und
- 389 Terrorismus lehnen wir ab!

390

391 **Sauberkeit und Sicherheit**

392 Ein subjektives Sicherheitsempfinden hängt häufig auch
 393 von Umwelteinflüssen ab. Hierbei stehen beispielswei-
 394 se städtische Sauberkeit und Beleuchtungskonzepte im
 395 Sinne der feministischen Stadtplanung im Mittelpunkt.
 396 Für ein sozialdemokratisches Verständnis innerer Sicher-
 397 heit müssen diese Aspekte ebenfalls betrachtet werden.
 398 Bevor Orte und Plätze durch eine erhöhte Polizeipräsenz
 399 “abgesichert” werden, soll daher eine eingehende Analy-
 400 se des Sicherheitsempfindens an diesen Orten durchge-
 401 führt werden, um andere Möglichkeiten zu finden, das Si-
 402 cherheitsempfinden aller Bürger*innen zu steigern. Eben-
 403 so muss auf die Reaktionsfähigkeit der Polizei geschaut
 404 werden. Eine der zentralen Funktionen der Polizei ist es,
 405 auf Notlagen der Bevölkerung zu reagieren, was häufig zu
 406 spät geschieht. Allein das Annehmen von Anrufen, die als
 407 Notruf eingehen, erfolgt häufig nach einer Warteschlei-
 408 fe, die Callcenter der Polizei ist in der Regel unterbesetzt.
 409 Das gilt es zu ändern. Die Polizei muss jederzeit erreich-
 410 bar sein und Polizist*innen, die Anrufe annehmen müssen
 411 in jeder Situation angemessen reagieren. Dazu gehört ein
 412 geschulter Umgang mit Personen, die sich in psychischen
 413 Notlagen befinden.

414 Wir fordern daher:

- 415 • Die Erhöhung von Polizeipräsenz nur als letztes Mit-
 416 tel und unter Rückgriff auf sinnvollere Konzepte als
 417 klassische Einsätze – wie Community Policing – zu-
 418 zulassen
- 419 • Die priorisierte Prüfung anderer städtischer Maß-

420 nahmen wie beispielsweise Beleuchtungskonzepte
 421 im Sinne der feministischen Stadtplanung und Er-
 422 höhung der städtischen Sauberkeit

- 423 • Die besondere Berücksichtigung von FINTAs und ih-
 424 rem Sicherheitsgefühl in der Raumplanung
- 425 • Die Erhöhung von Dienstkräften in den Callcentern
 426 der Polizei, sowie verpflichtende Schulungen in Be-
 427 zug auf den Umgang mit psychischen Notlagen für
 428 Anrufe annehmende Personen. Das kann durch die
 429 Aufstockung der finanziellen Mittel der Polizei mit
 430 Zweckbindung an Ausbau und Aufstockung der Call-
 431 center erfolgen

432

433 **Katastrophenschutz und Feuerwehr**

434 Der Katastrophenschutz und die Feuerwehr fallen ge-
 435 nauso in das Aufgabengebiet der inneren Sicherheit wie
 436 die Polizeibehörden. Diese wurden jedoch bei finanziel-
 437 ler, materieller und personeller Ausstattung in den letz-
 438 ten Jahren stark vernachlässigt. Bei immer höher wer-
 439 endenden Einsatzzahlen der Rettungsdienste und Löschzüge
 440 sowie einer absehbar stärkeren Belastung des Katastro-
 441 phenschutzes bei der Bekämpfung der Folgen der Klima-
 442 katastrophe müssen diese Bereiche wieder stärker in den
 443 Fokus gerückt werden.

444 Wir fordern daher:

- 445 • Eine Investitions-, Bau- und Planungsoffensive für
 446 Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, den Ret-
 447 tungsdienst und den Katastrophenschutz
- 448 • eine bessere Bezahlung, insbesondere im Schicht-
 449 dienst, für Berufsfeuerwehr, den Rettungsdienst
 450 und den Katastrophenschutz
- 451 • Höhere Vergütungspauschalen bei der Freiwilligen
 452 Feuerwehr
- 453 • Eine höhere Vergütung in der Ausbildung bei der Be-
 454 rufsfeuerwehr
- 455 • die Einführung einer 8-Stunden-Schicht statt einer
 456 12-Stunden-Schicht. Dies darf aber nicht zu einer
 457 höheren Arbeitsbelastung durch mehr Arbeitstage
 458 aufgrund von Personalmangel führen, muss mit ei-
 459 ner generellen Reduzierung der wöchentlichen Ar-
 460 beitszeit einhergehen.
- 461 • Schulungsmaßnahmen für Demokratieförderung in
 462 Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, den Ret-
 463 tungsdienst und Katastrophenschutz
- 464 • die Feuerwehr, sowie Katastrophenschutz, muss je-
 465 derzeit erreichbar sein, sofern dies nicht sicherge-
 466 stellt ist müssen auch diese Callcenter finanziell und
 467 personell aufgestockt werden